

# Bestätigungswahlen beim Parlaments-Präsidium

Objektyp: **Index**

Zeitschrift: **Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein**

Band (Jahr): - **(1976)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Unsere Wirtschaft als Ganzes betrachtet, wird nur dann erfolgreich bestehen, wenn Industrie und Gewerbe die bewährte Energie, Tatkraft und den Einfallsreichtum zeigen wie bis jetzt. Die öffentliche finanzielle Hilfe, bei uns übrigens nur in ganz bescheidenem Rahmen möglich, kann niemals die Privatinitiative ersetzen. Unsere hochindustrialisierte Volkswirtschaft beruht auf der Konkurrenzfähigkeit unserer Privatwirtschaft. Wir können der Wirtschaft aber helfen, wenn wir ihr nicht zu grosse Lasten aufbürden durch Steuern und eine überdimensionierte Steigerung der Soziallasten.

Die öffentliche Hand muss sparsam haushalten, denn der Staat und seine Institutionen können nur das Geld ausgeben, welches eine gutgehende Wirtschaft aufbringen kann. Deshalb sollten auch unbegründete oder unerfüllbare finanzielle Forderungen der Bürger kein Gehör und keine Vertretung finden bei Behörden und Parteien.

Liechtenstein hat in der Vergangenheit immer wieder schwere Zeiten zu bestehen gehabt und glücklich überwunden. Ich glaube, wir werden auch diese Krise überwinden, wenn der Staat und der Einzelne den gemeinsamen Willen aufbringen, den Schwierigkeiten Herr zu werden.

Ich möchte nun noch Ihnen, meine Herren Abgeordneten, für die diesjährige Sessionsperiode des Landtages Gottes Segen und Beistand wünschen und erkläre hiemit den Landtag für eröffnet.

### Bestätigungswahlen beim Parlaments-Präsidium

Unter dem Präsidium von Altpräsident Johann Beck (VU) fanden anlässlich der Eröffnungssitzung des Landtages die Neuwahlen des Präsidiums und der zwei Hauptkommissionen statt, die ohne Veränderungen wie folgt neu bestätigt worden sind:

Landtagspräsident:

Dr. Gerard Batliner (FBP)

Landtagsvizepräsident:

Dr. Karlheinz Ritter (VU)

Finanzkommission:

Dr. Gerard Batliner (FBP)

Dr. Ernst Büchel (FBP)

Hilmar Ospelt (FBP)

Dr. Franz Beck (VU)

Werner Gstöhl (VU)

Geschäftsprüfungskommission:

Hilmar Ospelt (FBP)

Anton Gerner (FBP)

Cyrill Büchel (VU)

## BLICK IN DEN NATIONALRAT

### Abschluss der Frühjahrssession

Für seine Sessionsschlussitzung vom 19. März 1976 hatte der Nationalrat als Präludium der fälligen Schlussabstimmungen sieben persönliche Vorstösse zu behandeln, die indessen allesamt nur etwas mehr als eine halbe Stunde Beratungszeit beanspruchten, weil sie sämtlich diskussions- und oppositionslos über die Bühne gebracht werden konnten.

Zunächst wurde ein Postulat Ziegler (soz.GE) über Transport und Lagerung radioaktiver Abfälle von Bundesrat Hürlimann entgegengenommen und vom Rat überwiesen, worauf dasselbe geschah mit einem Postulat Zehnder (soz.AG) über den Erlass strafferer Weisungen für Arbeitsvergebungen und mit einem Postulat Speziali (dfp.TI) über die Errichtung einer Annexanstalt der ETH im Tessin. Die vier folgenden Vorstösse beschlugen wirtschaftspolitische Probleme, in deren Bereich ein Postulat Grünig (fdp.AG) betreffend Massnahmen gegen die zunehmende Brachlegung von Kulturland, ein Postulat Rippstein (cvp.SO) über Rechtsgrundlagen für eine Arrondierung des Pachtlandes, ein Postulat Leutenegger (svp.ZH) über eine Revision des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb im Sinne von Bestimmungen gegen die Discount-Lockvogelpolitik und eine Motion Reiniger (soz.SH) über die Verankerung der Preisanschriftspflicht im ordentlichen Recht vom Bundesrat akzeptiert und vom Rate überwiesen wurden.

In sieben Schlussabstimmungen wurden angenommen: das Bundesgesetz über Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, das Bundesgesetz über die Koordination der Präsenz der Schweiz im Ausland, das Bundesgesetz über die Sicherheit technischer Geräte, der Bundesbeschluss über Beiträge zur Förderung öffentlicher Investitionen, der Bundesbeschluss über die Arbeitsvermittlung, die Erhöhung des Bundesbeitrages an die Schweizerische Verkehrszentrale und der Verfassungsartikel über Radio und Fernsehen.